



Protokoll

3. Sitzung des Stadtparlaments vom 17. Juni 2021

Ort	Rathaussaal Weinfelden	
Vorsitz	Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP) Parlamentspräsident Beat Brüllmann (FDP)	
Protokoll	Stadtschreiber Reto Marty	
Zeit	19:00 Uhr bis 21:40 Uhr	
Appell	Stadtparlament	Stadtrat
Anwesend	29/30	7/6 Reto Frei (GP) ist ab Traktandum 5.2 anwesend.
Entschuldigt	1/0	0/1 SR Valentin Hasler muss die Sitzung früher verlassen.

- Traktandenliste**
- 1 Genehmigung der Traktandenliste
 - 2 Konstituierung für das Amtsjahr 2021/2022
 - 2.1 Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin
 - 2.2 Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin
 - 2.3 Wahl von zwei Stimmenzählenden
 - 3 Rechnung und Geschäftsbericht 2020
 - 3.1 Erfolgsrechnung
 - 3.2 Investitionsrechnung 2020
 - 3.3 Bilanz 2020
 - 3.4 Schlussbemerkung / Anträge
 - 3.5 Beschlüsse
 - 4 Anstellungsreglement - Totalrevision aufgrund der Motion «Totalrevision Anstellungsverordnung»
 - 4.1 2. Lesung
 - 4.2 Schlussabstimmung
 - 5 Areal Bankstrasse, Parzelle Nr. 279, Grundsatzentscheid und Ermächtigung an den Stadtrat
 - 5.1 Eintreten
 - 5.2 Detailberatung
 - 5.3 Beschlussfassung
 - 6 Verschiedenes

Parlamentspräsidentin Claudia Bieg (SP) begrüsst die Anwesenden: „Geschätzte Mitglieder des Stadtparlaments, geschätzte Mitglieder des Stadtrats, geschätzte Gäste auf der Tribüne: mein Jahr als Präsidentin des Stadtparlaments ist nun vorbei. Es war ein spezielles Jahr, wie ihr alle wisst. Ich war die höchste Weinfelderin mit den wenigsten Anlässen, nämlich einem. Das war schade, aber ja nicht nur für mich. Die Apfelkönigin konnte ihr Zepter ein Jahr länger behalten, so etwas ist im Geschäftsreglement des Stadtparlaments nicht vorgesehen. Und ehrlich gesagt, ich bin ganz froh, dass ich wieder als Parlamentarierin wirken kann. Und nun winken ja bessere Zeiten, der Bundesrat stellt weitere Lockerungen der Regeln in Aussicht. Wir alle hoffen, dass es bald wieder viele so schöne Veranstaltungen gibt, wie am vergangenen Wyfelder Fritig, der die Leute scharenweise aus den Häusern gelockt hat und Petrus hatte ein Einsehen und schickte warmes Sommerwetter.“

Das Leiten der Sitzungen hat mich am Anfang überraschend gefordert. Ich kann euch sagen, vom Sitz im Saal aus, sieht es einfacher aus, als es ist. Zudem hat mich die Coronasitzordnung doch recht einsam vorne stehen lassen, der Vize konnte nicht helfen, er war nicht mal annähernd in Flüsterweite. Doch mit der Zeit und der grossen Unterstützung von Reto Marty habe ich mich recht bald wohl gefühlt in dieser Rolle. Herzlichen Dank Reto für deinen grossen Support und ich danke auch meiner Fraktion, die mich immer unterstützt hat.

50 Jahre Frauenstimmrecht und 40 Jahre Gleichstellungsgesetz prägen dieses Jahr. Es gibt noch viel zu tun, damit wir in 10 Jahren keinen Frauenstreik mehr benötigen. Immerhin, hier in Weinfelden hatten wir drei Jahre Frauen als Präsidentinnen. Das war ein Novum und wird hoffentlich nicht als einzigartige Aussergewöhnlichkeit in die Annalen eingehen. Nun nehmen die Männer wieder das Zepter in die Hand. Ich nutze hier die Redefreiheit und gönne mir drei Wünsche, wie im Märchen, bevor ich hier abtrete: Politik soll Sachpolitik bleiben und mit Anstand und Respekt verpackt sein. Wer zuhört, diskutiert und nicht persönlich angreift, das Ganze noch mit einem freundlichen Lächeln garniert, hat mehr Erfolg. Ich bin in einer überparteilichen Gruppe «Frauen für Weinfelden» (wir sind aus sechs verschiedenen Parteien) und es macht wirklich Spass für die eine Sache gemeinsam zu arbeiten.

Weiter wünsche ich mir, dass die Jugend nicht vergessen geht. Gerade die Gruppe über 17 Jahren, die sich zu alt für den gut funktionierenden Jugendtreff fühlt und noch nicht genügend Geld hat, um nach Zürich in den Ausgang auszuweichen, wissen oft nicht, wo sie sich treffen können oder überschwemmen dann öffentlichen Raum wie jüngst in Kreuzlingen. Im vergangenen Jahr haben die Jugendlichen stark gelitten, weil ihnen das Zusammensein verboten war. Psychische Erkrankungen und Suizide haben erschreckend zugenommen. Ermutigen wir diese Gruppe sich zu organisieren. Ich bin sicher, die Stadt hat offene Ohren und hilft, wenn sie Ideen haben und aktiv werden wollen. Die Jugend ist unsere Zukunft. Sie werden uns alle ersetzen, überall.

Beim Unterschriftensammeln haben mir viele gesagt: «Ach für mich ist Weinfelden immer noch ein Dorf.» Sie haben das nicht abwertend gemeint, sondern als Kompliment. Man kennt sich und gerade bei der grossen Solidarität im vergangenen Jahr ist die Nachbarschaftshilfe so richtig zum Tragen gekommen. Auch bei der Telefonaktion der Stadträtin Ursi Bieri habe ich viele sehr herzliche und interessante Gespräche gehabt. Dabei habe ich eine grosse Zufriedenheit gespürt bei der älteren Bevölkerung. Schön. Und trotzdem sind wir Stadt. Mein dritter Wunsch ist, dass Weinfelden urbaner wird und den Spagat trotzdem schafft, das Positive am Dorfcharakter nicht aufzugeben.»

1 Genehmigung der Traktandenliste

Präsidentin: Ich stelle Traktandenliste zur Diskussion.

Preiss Marcel (GLP): Im Namen unserer Fraktion SP / grüne / und GLP stelle ich hiermit den Ordnungsantrag, dass wir auf unserer Traktandenliste Traktandum 5 streichen. Folgende Gründe haben uns dazu bewogen diesen Antrag zu stellen: 1. Wie ihr alle aus den Medien vielleicht mitbekommen habt, haben wir in rekordverdächtigster Zeit beinahe 800 Unterschriften gesammelt und beglaubigt. Weitere rund 100 Unterschriften müssen noch nachträglich beglaubigt werden. Diese Leistung scheint mir eine Ansage zu sein, in nur gerade drei Wochen an die 900 Unterschriften! 2. Wir alle wissen, dass uns der Stadtrat nach

spätestens einem Jahr diese Botschaft erneut vorlegen wird. Dies unter der Voraussetzung, dass die Initiative zustande gekommen ist. Dann macht es Sinn, das Thema Bankstrasse nochmals zu behandeln. 3. Jegliche Beschlüsse und Absichten, die wir heute fällen könnten, sind reine Zeitverschwendung. Wir könnten sie sowieso nicht umsetzen. Denn die Absicht der Initiative war klar und unmissverständlich. Das Volk soll entscheiden, was wir gedenken mit der Bankstrasse zu machen.

Martin Brenner (FDP): *Ich kann den Antrag für die Streichung des Traktandum 5 nicht unterstützen. Aus meinem Verständnis kann beim Traktandum zur Genehmigung der Traktandenliste grundsätzlich nur eine Änderung der Reihenfolge der Traktanden beantragt werden. Es besteht jedoch die Möglichkeit im Rahmen des erneuten Eintretens in das Traktandum 5 die Absicht des Antrages zu behandeln, so wäre auch eine inhaltliche Diskussion dazu möglich. Entsprechend bitte ich sie den Antrag zur Streichung des Traktandums nicht zu unterstützen.*

Martin Müller (GP): *Martin Brenner welches ist die rechtliche Grundlage, dass das Traktandum 5 nicht gestrichen werden kann? Wieso sollte es nicht gehen? Es müsste von Martin Brenner eine Erklärung dazu geben.*

Simon Wolfer (CVP): *Es sollte heute über das Geschäft beraten werden. Das Volk interessiert sich für die Meinung des Parlaments. Im letzten Herbst ist das Geschäft ins Parlament gekommen. Nach der Rückweisung liegt nun auch der Zusatz vor. Es ist beschlussreif. Wir sind vom Volk gewählt und haben die Aufgabe, zu beraten und zu entscheiden. Wenn das Parlament nichts entscheiden will, kann es Nichteintreten beschliessen. Das Parlament sollte heute entscheiden und nicht das Traktandum verschieben. Die Initianten können danach überlegen, was sie machen. Wenn die Initiative zur Abstimmung kommt, ist dann auch klar, was die Alternative zur Annahme der Initiative ist. Deshalb bin ich klar der Meinung, dass das Geschäft auf der Traktandenliste bleiben soll und nachher eine Beratung stattfindet.*

Markus Rizzolli (SVP): *Ich kann das Votum von Simon Wolfer nur unterstützen. Es soll herauskommen, zu was wir stehen. Der Wunsch, weitere Grundlagen zu kennen, wurde erfüllt in der Zwischenzeit. Nun kann darüber beraten werden. Sollen Parzellen, die nicht gebraucht werden, genutzt werden können? Wenn das Volksbegehren kommt, ist das Parlament dann halt überstimmt. Wir verlieren nochmals viel Zeit, wenn wir jetzt wieder verschieben.*

Martin Brenner (FDP): *Ich beantworte die Frage bezüglich rechtlicher Grundlage mit Art. 16 Geschäftsordnung Stadtparlament. Ohne abweichenden Beschluss des Stadtparlaments werden die Geschäfte in der angekündigten Reihenfolge behandelt.*

Martin Müller (GP): *Mit abweichendem Beschluss kann die Traktandenliste eben geändert werden. Die Liste kann durch einen Mehrheitsbeschluss des Parlaments geändert werden.*

Stadtpräsident Max Vögeli: *Wir sind jetzt über zwei Jahre am Thema Bankstrasse dran und ich erwarte, dass das Parlament endlich einen Entscheid fällt. Mit dem Absetzen von der Traktandenliste ist die Sache nicht vom Tisch – es wird einmal mehr verzögert. Wenn Sie aber das Traktandum 5 behandeln und nicht eintreten beschliessen, ist die Übung wenigstens definitiv abgebrochen. Es gibt selbstverständlich einen entsprechenden Unterbruch im Ablauf, damit wir die Volksinitiative vors Parlament und zur Volksabstimmung bringen können. Gestatten Sie mir noch ein paar Ausführungen, weil ich nicht auf das Eintreten bei Traktandum 5 spekulieren kann und diesen Teil des Votums vorziehen muss, weil ich es zudem protokolliert haben möchte. Ich muss im Weiteren feststellen, dass nicht mehr alle wissen, zu was sie bereits einmal ja gesagt haben. Nun aber der Reihe nach. Bei der Diskussion der Interpellation im Jahr 2018 war keine einheitliche Lösung auszumachen – am ehestens ging es Richtung Investorenwettbewerb und einer Weinfeldler Lösung. Dann hat der Stadtrat die Fraktionen via die Geschäftsprüfungskommission über die Lancierung eines Investorenwettbewerbs informiert und um Zustimmung gebeten. Am 11. Dezember 2018 hat der damalige GPK-Präsident schriftlich mitgeteilt, dass alle Fraktionen mit einem Wettbewerb einverstanden seien. Bereits am 14. Juni 2018 ist durch Ihren Rat der neue Zonenplan einstimmig genehmigt worden, auch die Umzonung des Areals Bankstrasse von der öffentlichen Zone in die Dorfzone. Im Planungsbericht hiess es wörtlich. Ich zitiere: «Altes Feuerwehrdepot: kein Bedarf für öffentliche Nutzung» Auch schon in der Botschaft zur Kreditvorlage des neuen Sicherheitszentrums im Jahr 2015 hiess es, ich zitiere auch hier: «dass die öffentliche Nutzung ersatzlos wegfällt und Platz geboten wird für eine neue Überbauung, allenfalls im Baurecht». Ich habe hier im Rat zu beiden Aussagen kein Wort gehört. Auf den*

1. September 2019 kam dann die Inkraftsetzung von Zonenplan und Baureglement. Das mussten wir abwarten. Danach beschloss der Stadtrat über den Kredit des Investorenwettbewerbs. Die erste Jury-Sitzung fand im Mai 2020 statt. Es waren auch drei Mitglieder des Stadtparlaments dabei. Das Gremium hatte den Wunsch um Präzisierung der Ausgangslage über Verkauf oder Baurecht. Der Stadtrat hat die entsprechende Botschaft erstellt und am 17. September 2020 ist das Parlament dann einstimmig auf das Geschäft eingetreten. Mit einem Rückweisungsantrag wurde eine Raumbedarfs- und Bedürfnisanalyse verlangt. Diese Analyse mit Bericht liegt nun vor, zusammen mit der heutigen Ergänzungsbotschaft. Die Anträge des Stadtrates sind die gleichen geblieben. Heute wollen wir nun mit der Arbeit weiterfahren.

Doch plötzlich will ein Teil des Parlaments eine Kehrtwende machen. Man will sogar das Traktandum streichen. Ich muss Ihnen klipp und klar sagen, so ist eine Zusammenarbeit sehr schwierig. Verzögern Sie nicht weiter, sondern entscheiden Sie im Traktandum 5 und lehnen diesen Ordnungsantrag ab.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag Preiss wird mit 9:19 Stimmen abgelehnt. Die Traktandenliste wird somit in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt.

2 Konstituierung für das Amtsjahr 2021/2022

2.1 Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin

Martin Brenner (FDP): *Es freut mich, im Namen der Fraktion der FDP ihnen den aktuellen Vizepräsidenten, Beat Brüllmann, zur Wahl zum Parlamentspräsidenten vorzuschlagen. Beat Brüllmann gehört seit 2011 und somit genau seit 10 Jahren unserem Rat an. In dieser Zeit brachte er sich jeweils mit fundierten Voten in die Diskussionen ein, welche sicher beim einen oder andren Ratsmitglied zur Entscheidungsfindung beigetragen haben. Als ehemaliger Präsident der Primarschulgemeinde Weinfelden, der Baukommission für das Sicherheitszentrum und langjährig für den Samariterverein Weinfelden, bringt er sicher die nötige Erfahrung für die Ausübung des Amtes mit.*

In seinem nun auslaufenden Jahr als Vizepräsident wurden viele Anlässe pandemiebedingt abgesagt. Unter anderem auch die traditionelle Nachsitzung des Parlaments an der Bochselsnacht, für deren Organisation er von Amtes wegen zuständig war. Aber Beat Brüllmann fand trotzdem eine pragmatische Lösung, indem er die Sitzung «to go» als freiwillige Alternative dazu angeboten hat.

So wünsche ich Beat Brüllmann nun eine ehrenvolle Wahl ins Präsidium. Es würde mich für ihn freuen, wenn sie den Wahlvorschlag unserer Fraktion zahlreich unterstützen.

Es erfolgen keine weiteren Wahlvorschläge.

Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Gewählt ist mit	29 Stimmen: Beat Brüllmann, FDP

Der neu gewählte **Präsident Beat Brüllmann** richtet nachstehende Worte an die Anwesenden:

„Geschätzte Parlamentskolleginnen und Parlamentskollegen, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste auf der Tribüne. Zuerst einmal herzlichen Dank für das Vertrauen, das ihr mir mit dieser Wahl geschenkt habt. Nach 10 Jahren Parlamentsarbeit freue ich mich auf die neue, herausfordernde, einzigartige, aber auch endliche Funktion im kommenden Jahr. Es ist nicht selbstverständlich, dass man hier sitzen darf. Es braucht die politische, aber auch die familiäre Unterstützung. Meiner Familie, die zwar nicht immer begreifen

will, warum ich das alles mache, mich trotzdem unterstützt, danke ich herzlich. Haben Sie sich nicht auch schon gefragt, ob ein Stadtparlament heute überhaupt noch zielführend ist? Oder anders gesagt: Braucht es uns eigentlich noch? Soll der Stadtrat in seinem Handeln beispielsweise künftig nur noch über Volksinitiativen beeinflusst werden? Auf diese Thematik werde ich hier nicht weiter eingehen, sie stellt eigentlich einen Nebenschauplatz dar. Die wirkliche Musik spielt heute nämlich in den sozialen Medien. Was die Leute bewegt, was sie ärgert und manchmal auch was sie freut, liest man in verschiedenen Gruppen, zum Beispiel «Du bisch vo Wyfelde, wenn...». Beim Lesen der Kommentare zu bestimmten Themen merkt man jedoch schnell, dass nicht eine zündende Idee und schon gar nicht der Anstand handlungsleitend gewesen sein können. Die sozialen Medien polarisieren, man versteht sich als Sender, Punkt. Und das unterscheidet sie von uns, dem Stadtparlament. Und deshalb ist es wichtig und notwendig, dass es uns, das Stadtparlament gibt. Die Meinungen liegen auch bei uns manchmal weit auseinander. Polarisierung gibt es auch bei uns. Unsere Aufgabe ist es, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden, gemeinsam Lösungen zu finden. Wir bringen als Volksvertreterinnen und Volksvertreter unsere Meinung ein, können aber auch Kompromisse eingehen, und so die Entwicklung unserer Stadt positiv mitgestalten. Dass wir das können, haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder bewiesen. So wünsche ich mir, dass wir weiterhin als Parlament der ursprünglichen Wortbedeutung folgend weiterhin offen, zielführend und anständig miteinander reden. Wo Leute reden, braucht es aber auch Zuhörer. So freue ich mich auf die Leitung von Debatten, in denen es dank gutem Zuhören möglich ist, auf die gegenseitig vorgetragenen Argumente einzugehen, einen Perspektivenwechsel vorzunehmen, die eigenen Meinung zu schärfen. Das ist unsere Aufgabe und das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig. Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr viele sachliche, knackige, überzeugende Voten in der notwendigen Länge vorgetragen bekommen und wieder Gelegenheiten haben werden, die Befindlichkeiten im gemeinsamen Umtrunk nach der Sitzung auszutauschen. Eine Möglichkeit dazu werde ich euch im Anschluss an den geschäftlichen Teil hoffentlich noch schaffen können. Und darum ist es nun angezeigt, dass wir uns zügig wieder mit unseren Traktanden befassen.»

2.2 Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin

Stefan Wolfer (SVP): *Wie ihnen bekannt ist, wollten wir eigentlich Manuel Sturzenegger für das Vizepräsidium vorschlagen. Aufgrund des grossen Widerstands aus verschiedenen Fraktionen verzichteten wir jetzt auf seine Nomination. Wir sind enttäuscht, dass in der Person von Claudia Bieg einer im Parlament unerfahrenen Person die Chance gegeben wurde, bei der SVP dies aber nicht mehr geht. Hat Manuel Sturzenegger als junge Person doch auch schon einiges in verschiedenen Organisationen in Weinfelden geleistet.*

Nichtsdestotrotz haben wir einen fähigen Ersatz gefunden. Manuel Strupler stellt sich für das Amt des Vizepräsidenten zur Verfügung. Trotz seines Nationalratsmandats hat er immer betont, dass ihm seine Heimat Weinfelden wichtig ist. Er ist seit 2011 im Parlament dabei. Er ist hervorragend vernetzt und trägt mit seiner politischen Erfahrung und seinen Aktivitäten viel zu Belebung der Stadt bei. Aus diesem Grund sind wir überzeugt, dass er das Amt gut ausführen wird. Er hat mir versprochen, dass er während dem Präsidialjahr sicher immer an den Parlamentssitzungen anwesend sein wird. Wir freuen uns über ihre Unterstützung.

Es erfolgen keine weiteren Wahlvorschläge.

Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Gewählt ist mit	23 Stimmen: Manuel Strupler, SVP

Vizepräsident Manuel Strupler: *Vielen Dank für die Wahl. Beat Brüllmann wird mir sicher ein guter Lehrmeister sein. Wir sind enttäuscht als SVP-Fraktion. Leider wird unser guter Vorschlag nicht akzeptiert. Ich muss nun als Reserve eingreifen. Weinfelden ist meine Heimat, ich fühle mich sehr wohl hier. Es ist mir eine Ehre. Es wird zeitlich eine Herausforderung, ich werde sie aber bewältigen können.*

2.3 Wahl von zwei Stimmenzählenden

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der CVP/EVP/JA: Philipp Portmann, CVP.

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Gewählt ist mit	23 Stimmen: Philipp Portmann, CVP

Vorgeschlagen wird von der Fraktion der SP/GPGLP: Matthias Riggenbach, GLP

Ausgeteilte Stimmzettel	30
Eingegangene Stimmzettel	30
Gewählt ist mit	25 Stimmen: Matthias Riggenbach, GLP

3 Rechnung und Geschäftsbericht 2020

Das Referat des Kommissionspräsidenten Stefan Wolfer (SVP) liegt dem Protokollführer schriftlich vor. Es wird deshalb im Wortlaut wiedergegeben.

Kommissionspräsident: *Die Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Alexandra Beck (CVP), Tobias Greminger (FDP), Martin Müller (GP), Marianne Scherrer (EVP), Marcel Preiss (GLP), Markus Rizzolli (SVP) und Stefan Wolfer (SVP; Präsident), hat den vorliegenden Geschäftsbericht und Rechnung 2020 in drei Sitzungen beraten.*

Der Bericht geht im Folgenden nur noch auf einzelne, ausgewählte Anregungen, Themengebiete und Fragen ein, welche die Kommission während den drei Sitzungen bearbeitet hat. Er enthält des Weiteren Hinweise an die Mitglieder des Stadtparlaments sowie Empfehlungen und Erwartungen an den Stadtrat und die Verwaltung. Bei der Beratung des Geschäftsberichts und der Rechnung 2020 orientierte sich die Kommission an den folgenden Kriterien:

*Einhaltung des Voranschlags
Wirtschaftlicher Umgang mit den finanziellen Mitteln
Entwicklung der Stadtfinanzen*

Stadtpäsident Max Vögeli informierte die Kommission an der ersten und dritten Kommissionsitzung. Der Leiter der Finanzverwaltung, Erwin Wagner, nahm an sämtlichen Kommissionssitzungen teil und beantwortete der Kommission insbesondere an der zweiten Sitzung diverse Detailfragen und erläuterte finanztechnische Hintergründe. Die von der Kommission dem Stadtrat gestellten Fragen wurden allesamt beantwortet.

Am 12. Mai 2021 liess sich die Kommission von Stadträtin Ursi Senn-Bieri und Amtsleiter Roger Häfner Einblicke ins Ressort Gesellschaft und Gesundheit geben. Dabei wurden die Zielsetzungen, Grundlagen, Zuständigkeiten, Projekte und Aufgaben erläutert. Für die Kommission sind diese Ressortbesuche immer sehr informativ und hilfreich, um ein Verständnis für die Abläufe und Organisation zu erlangen. Daher an dieser Stelle nochmals einen Dank an die zuständige Stadträtin und den Amtsleiter.

Der Geschäftsprüfungskommission wurde der Bericht über die Revision der Jahresrechnung 2020 der Rechnungsprüfungskommission zur Kenntnisnahme zugestellt. Des Weiteren fand ein telefonischer Austausch zwischen Stephan Kessler Präsident der Rechnungsprüfungskommission und mir als Präsident der Geschäftsprüfungskommission statt. Gemäss dem Bericht werden die gesetzlichen Bestimmungen und die Verordnung des Regierungsrates über das Rechnungswesen der Gemeinden eingehalten. Die Existenz eines angemessenen internen Kontrollsystems kann aber noch immer nicht bestätigt werden. In der Finanzverwaltung wird ein IKS auf- und weiter ausgebaut, bei anderen Abteilungen wurden im vergangenen

Jahr aber keine Anstrengungen unternommen. Die Geschäftsprüfungskommission verlangt, dass in diesem Bereich im nächsten Jahr Fortschritte erzielt werden.

Die Rechnung 2020 der Stadt Weinfelden präsentiert sich kurz zusammengefasst wie folgt:

Bei einem budgetierten Aufwandüberschuss von 631'400 Franken resultiert ein Ertragsüberschuss von 1'481'525.74 Franken. Die Abweichung vom Budget ist mit rund 2.0 Mio. Franken erheblich. Erneut haben Mehrerträge bei Steuern und Grundstückgewinnsteuern dieses gute Ergebnis beeinflusst. Des Weiteren hat die Corona-Pandemie in vielen verschiedenen Bereichen einen Einfluss auf die Rechnung gehabt. Die Nettoinvestitionen liegen mit 3'319'225 Franken unter Budget aber deutlich über den Vorjahren. Zu erwähnen sind die Sanierung der Sporthalle Güttingersreuti sowie diverse Strassenbauprojekte. Die Steuerkraft 100 % einfache Steuer hat wiederum zugenommen und zwar von 2'507 Franken auf 2'522 Franken pro Einwohner. Im kantonalen Vergleich ist dies ein gutes Niveau. Insbesondere auch unter dem Einfluss der Corona-Pandemie ein sehr erfreuliches Ergebnis. Es besteht nach wie vor ein Nettovermögen (keine Schuld) und zwar im Umfang von 534 Franken pro Einwohner (Vorjahr 567 Franken).

Geschäftsbericht 2020

Allgemeine Bemerkungen zum Geschäftsbericht 2020

Diskussion wird nicht benutzt

3.1 Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Konto 0222.3132.00 Honorare externe Berater

Kommissionspräsident: *Wie aus dem Kommentar zu entnehmen ist, wurde auf dem Bauamt eine Organisationsanalyse durchgeführt. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission hat den vollständigen Bericht zur Einsichtnahme erhalten. Aus dem Bericht geht hervor, dass dem Bauamt grundsätzlich ein gutes Zeugnis ausgestellt wird. Es gibt verschiedene Bereiche mit Verbesserungspotential und andere Bereiche wie die Führung, Information, Zusammenarbeit und Leistungsfähigkeit welche in der Bewertung durchwegs positiv beurteilt wurden.*

Anlässlich der dritten Sitzung wurde grundsätzlich darüber diskutiert, wie in Zukunft mit dem Anspruch, Einsicht in Beschlüsse und Geschäfte zu erhalten, umgegangen werden soll. Demnach wurde folgender Entscheid gefällt. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission erhält die vollständigen Berichte zur Einsichtnahme. Den übrigen Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission wird eine Zusammenfassung, respektive die Schlussbemerkungen und Empfehlungen aus dem Bericht zugestellt. Personenspezifische Informationen sowie Interviews von Mitarbeitenden sollen geschwärzt oder unkenntlich gemacht werden. Die Berichte sind innerhalb der Kommission vertraulich zu behandeln.

Keine weiteren Bemerkungen

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Konto 1408.3132.10 Externe Mandatsführung

Kommissionspräsident: *Um die anfallende Arbeitsbelastung trotz der hohen Personalfuktuation in den vergangenen zwei Jahren bewerkstelligen zu können, musste auf eine externe Unterstützung zurückgegriffen werden. Aus diesem Grund waren die Ausgaben im 2020 mit CHF 64'329 erneut über Budget. Auf Nachfrage der Kommission wurde mitgeteilt, dass die externen Mandatsführungen im 2020 abgeschlossen werden konnten. Der Personaletat bei der Berufsbeistandschaft ist momentan auf Vollbestand. Es gibt gegenwärtig keine Vakanzen und die Personalsituation hat sich in der Zwischenzeit normalisiert.*

Keine weiteren Bemerkungen

1500.4200.00 Feuerwehr, Feuerwehrpflichtersatzabgaben / Bilanzkonto 2900.70 Spezialfinanzierung
Feuerwehr

Simon Wolfer (CVP): *In den vergangenen 5 Jahren wurde rund 1'000'000 Franken in die Spezialfinanzierung eingelegt. Der Saldo dort beläuft sich auf über 2 Mio. Franken. Vor dem Bau des Sicherheitszentrums war es nicht klar, wie es finanziert werden kann. Es wurde deshalb auch Abschreibungen über die laufende Rechnung gemacht. Nun ist der Zuwachs sehr gross. Wie sieht die Entwicklung der Spezialfinanzierung Feuerwehr gemäss Finanzplan aus? Gibt es Perspektiven? Gibt es einen Spielraum, um die Ersatzabgaben zu senken und wenn ja, ab wann?*

Stadtrat Hans Eschenmoser: *Vielen Dank für die Frage. Ich sehe es auch so, es gibt Perspektiven. Es gibt wenig «Verzehr» der Spezialfinanzierung. Es sind weniger Ausgaben und Mehreinnahmen. Vor 2-3 Jahren haben wir mit dem Steueramt darüber diskutiert. Parallel findet beim Kanton die Erarbeitung eines neuen Feuerschutzgesetzes statt. Die Gemeinden müssen in der Folge das Reglement überarbeiten. Wir werden in den Diskussionen diesbezüglich auch die Spezialfinanzierung und die Höhe der Feuerwehersatzabgaben anschauen. Vielleicht könnte beim Sicherheitszentrum auch mehr abgeschrieben werden. Auch ist bei der Feuerwehr eine Besoldungserhöhung in Diskussion. Das wäre allenfalls eine Variante, um den Feuerwehrdienst attraktiver zu machen. In den nächsten zwei Jahren kommt sicher Bewegung in die Angelegenheit.*

3 Kultur, Sport und Freizeit

Kontogruppe 341 Sport

Kommissionspräsident: *Anlässlich der dritten Kommissionssitzung haben Stadtrat Valentin Hasler und Reto Marty die Kommission über die aktuelle Situation in den Bädern sowie den Sportanlagen informiert. In Bezug auf die Bäder konnte die Supervision, welche im 2019 gestartet wurde, in der Zwischenzeit abgeschlossen werden. Es wurde dabei festgestellt, dass die Organisation der Bäder überprüft werden musste. Ebenfalls wurde ein Sicherheitsaudit durchgeführt, welches als Ergebnis unter anderem mehr personelle Ressourcen zur Aufsicht verlangt. Des Weiteren wurden für sämtliche Mitarbeitenden Pflichtenhefte erstellt. Aktuell ist die Personalsituation in den Bädern ruhig.*

In Bezug auf die Sportanlagen hat Valentin Hasler bereits eine Information anlässlich der letzten Parlamentssitzung abgegeben. Demnach wird die Organisation reorganisiert und eine Gesamtleitung über die Sportanlagen gesetzt. Die Sportkommission soll in naher Zukunft aufgestockt und mit neuen Aufgaben ausgestattet werden.

Die Geschäftsprüfungskommission hat anlässlich der Budgetsitzung im letzten Dezember verlangt, dass eine Arbeitsplatzanalyse durchgeführt wird. Dem ist der Stadtrat nicht nachgekommen, da sie mit einem externen Berater eine Organisationsanalyse durchgeführt haben. Diese hat wie zuvor erläutert zu einer Reorganisation geführt. Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt, dass sobald die neue Organisation etabliert ist, die Situation neu beurteilt und eine Arbeitsplatzanalyse durchgeführt werden soll.

Konto 3415.3120.00 Wasser, Energie, Heizmaterial

Kommissionspräsident: *Der Vertrag für den Anschluss an das Anergienetz mit den Technischen Betrieben Weinfelden AG (TBW AG) wurde unterzeichnet. Der Geschäftsführer der TBW AG, sowie der zuständige Stadtrat haben einem Kommissionsmitglied umfassende Fragen zu den Wärme- und Kältelieferverträgen Güttingersreuti offen und zuvorkommend beantwortet. Die Erkenntnisse aus dem Gespräch lauten wie folgt: Der Wärmeverbund Vivala-Güttingersreuti ist ein visionäres, etappierbares und gut durchdachtes Generationenprojekt. Der jetzige Verbrauch von fossiler Energie in diesen Gebäuden soll mit diesem Projekt um mindestens 70 % reduziert werden. Auch der CO₂-Ausstoss kann aufgrund der effizienteren Heizungen um gegen 80 % gesenkt werden.*

Keine weiteren Bemerkungen

4 Gesundheit

Konto 4210.4260.28 Rückerstattung Verein Spitex

Kommissionspräsident: *Im Geschäftsjahr 2020 gab es eine vorläufig einmalige Aufwandsrückerstattung vom Verein Spitex. Diese ist auf die guten Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre zurückzuführen. Die Rückerstattung erfolgte aufgrund der verrechneten Stunden. Sämtliche Vertragsgemeinden mit verrechneten Stunden haben von einer Rückerstattung profitiert.*

Keine weiteren Bemerkungen

5 Soziale Sicherheit

Keine Bemerkungen

6 Verkehr

Keine Bemerkungen

7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen

8 Volkswirtschaft

Kontogruppe 8501

Kommissionspräsident: *Anlässlich der Gewinnverwendung zum Geschäftsjahr 2019 hat das Parlament entschieden, rund 1.4 Mio. Franken in den Fonds Hilfspakete Corona Krise einzulegen. Aus diesem Fonds wurden im Geschäftsjahr 2020 insgesamt 615'927 Franken für Unterstützungsleistungen verwendet. Die grössten Positionen machten dabei mit rund 530'000 Franken die Gutscheinkaktion aus, welche einen sehr erfreulichen Rücklauf verzeichnen konnte. Des Weiteren wurden Mietzinsreduktionen an Mieterinnen und Mieter von Verwaltungsliegenschaften ausgesprochen. Wie bereits früher kommuniziert, wurden auch geplante Investitionen und Unterhaltsarbeiten im letzten Frühjahr vorgezogen.*

Für das Geschäftsjahr 2021 sind bis Anfang Juni noch keine Anfragen für Unterstützungsleistungen eingegangen. Es wird gegenwärtig nicht mehr mit hohen Fondsentnahmen gerechnet, wodurch der Restbetrag per Ende Geschäftsjahr 2021 automatisch dem Eigenkapital zugeschrieben werden wird.

Keine weiteren Bemerkungen

9 Finanzen und Steuern

Kontogruppe 9100 Steuern

Kommissionspräsident: *Wie bereits eingangs erläutert, haben sich die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, wie auch bei den juristischen Personen im Geschäftsjahr 2020 erfreulich entwickelt. Der budgetierte Ertrag wurde um rund 1.4 Mio. Franken übertroffen. Die Kommission hat dies als Anlass genommen, Roland Füllemann (Leiter Steueramt), an die dritte Sitzung einzuladen. Er hat der Kommission den komplexen Budgetierungsprozess und die zugrunde liegenden Angaben erklärt und aufgezeigt. Dabei wurde klar, dass insbesondere die Steuereinnahmen für frühere Jahre sehr schwierig zu budgetieren sind, weil die Abschlüsse von privat gehaltenen Unternehmen zum Teil erst verzögert vorliegen und daher auch verzögert die definitive steuerliche Einschätzung vorgenommen werden kann.*

Keine weiteren Bemerkungen

3.2 Investitionsrechnung 2020

6 Verkehr

Konto 6150 Gemeindestrassen

Kommissionspräsident: Die Geschäftsprüfungskommission erkennt die Schwierigkeit beim Budgetieren der Gemeindestrassen. Aufgrund von Verzögerungen und Einsprachen kann es zu Verschiebungen der geplanten Investitionen gegenüber dem Budget kommen. Im aktuellen Geschäftsjahr entspricht aber praktisch keine Position dem budgetierten Betrag. Die Geschäftsprüfungskommission verlangt in Zukunft, dass im Bereich der Gemeindestrassen ein seriöseres und verlässlicheres Budget erstellt wird.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Konto 7410.5020.11 Giessen Renaturierung

Kommissionspräsident: Im Zusammenhang mit dem Budget 2021 hat die Geschäftsprüfungskommission vom zuständigen Stadtrat eine Auslegeordnung zum Thema Giessen Renaturierung über das ganze Stadtgebiet gewünscht. Der Stadtrat ist dieser Aufforderung termingerecht nachgekommen und hat der Kommission einen in fünf Abschnitte unterteilten Plan zugestellt. Zu jedem dieser fünf Abschnitte hat der Stadtrat Stellung bezogen und seine Überlegungen und Einsichten dargelegt. Die Kommission hat die offene Kommunikation sehr begrüsst. Der zuständige Stadtrat wird das gesamte Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2021 umfassend informieren.

Keine weiteren Bemerkungen

3.3 Bilanz 2020

Konto 2090.00 Liegenschaften Frauenfelderstr. 39/40/41

Kommissionspräsident: Mittels Stadtratsbeschluss vom 17. September 2019 hat der Stadtrat entschieden, der Bürgergemeinde Weinfelden einen Beitrag von 500'000 Franken zur Sanierung der Liegenschaft Trauben zuzusprechen. Es handelt sich dabei um einen A-fonds-perdu Beitrag, welcher nicht rückzahlbar ist. Die Verbuchung dieser Transaktion ist direkt im Fonds Frauenfelderstrasse 39/41/43 vorgenommen worden. Eine solche «Nettoverbuchung» widerspricht den Bestimmungen von HRM II. Zudem fehlt eine Erläuterung zu dieser Transaktion. Auf Nachfrage wurde der Kommission mitgeteilt, dass eine Erläuterung in der finalen Version des Geschäftsberichts noch nachgeholt wird.

Unabhängig davon empfehlen wir dem Stadtrat, Fondstransaktionen in Zukunft immer über die Erfolgsrechnung zu erfassen, sowie die Transaktionen im Anhang ausführlich zu erläutern.

Präsident: Wir haben die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bilanz durchberaten. Gibt es, bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, Rückkommensanträge oder wird das Wort nochmals gewünscht?

Marcel Knup (SVP): Wir haben es gehört, das Geschäftsjahr 2020 war für die Stadt Weinfelden trotz Corona Pandemie ein sehr erfreuliches Jahr. Trotz budgetiertem Verlust von 631'400 Franken resultierte ein Gewinn im Umfang von 1'481'525 Franken. Es freut mich, dass unsere Stadt finanziell so gut aufgestellt ist. Mit diesem Gewinn steigt der Bilanzüberschuss im Eigenkapital auf über 7 Mio. Franken an. Folgende positiven Effekte dürften im 2021 und folgenden Jahren zusätzlich noch erwartet werden. Der nicht verwendete Restbetrag aus dem Corona Hilfspaket im Umfang von 0.8 Mio. Franken wird gemäss letztjährigem Beschluss per Ende dieses Jahres dem Bilanzüberschuss zugewiesen. Gemäss Revisionsbericht wird in diesem Jahr eine Neubewertung des Finanzvermögens vorgenommen. Aufgrund der generellen Wertsteigerung darf davon ausgegangen werden, dass dies einen positiven Einfluss haben wird. Die Neubewertungsreserve aus der Aufwertung der TBW muss gemäss aktuellem Wissensstand über die nächsten Jahre zugunsten des Eigenkapitals aufgelöst werden. Die Gemeindestrassen HRM1 sind

voraussichtlich spätestens übernächstes Jahr vollständig abgeschrieben. Sofern sich die Investitionen auf konstantem Niveau halten, werden sich dadurch die Abschreibungen massiv reduzieren, was wiederum einen positiven Effekt auf das Ergebnis haben wird. Die wirtschaftlichen Signale zeigen eindeutig eine Erholung der Wirtschaft nach der Corona Pandemie. Es darf davon ausgegangen werden, dass die Löhne und Gewinne der Unternehmen in den nächsten Jahren wieder steigen werden. Aus all diesen Gründen, erwartet die SVP-Fraktion fürs Budget 2022 eine deutliche Reduktion des Steuerfusses. Denn die Steuersenkung im letzten Jahr wurde durch die Schule wieder aufgehoben. Es ist daher höchste Zeit, den wirtschaftlichen Aufschwung durch eine tiefere Steuerbelastung zu unterstützen.

Matthias Riggenschach (GLP). Die Ankündigung meines Antrages hat für einigen Wirbel gesorgt und in der Folge habe ich von verschiedener Seite juristische und formelle Einschätzungen und Kommentare erhalten. Ich bin sehr dankbar für diese Feedbacks und werde als Konsequenz keinen Antrag stellen. Was mir nicht bewusst war ist, dass es für einen Fonds oder eine Rückstellung in meinem Sinn eine gesetzliche Grundlage braucht. Dazu hätte ich das Instrument der Motion verwenden müssen. In der Vergangenheit mag die Stadt bei solchen buchhalterischen Manövern mehr Spielraum gehabt haben, dies ist nun aber anders. Dennoch möchte ich noch einmal kurz darlegen weshalb ich überhaupt einen Antrag für einen Fonds stellen wollte. Fast in jeder Sitzung berät unser Parlament über ein Strassenbauprojekt. Der Strassenbau ist quasi eine Kernkompetenz von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Doch trotz unserer Erfahrung und unseren Möglichkeiten in diesem Bereich, spriest ein unserer Fraktion teures Anliegen noch eher spärlich. Die Rede ist von den Bäumen. Die Wichtigkeit, Nützlichkeit und Schönheit von baumgesäumten Strassen wurde in den Diskussionen nie wirklich bestritten. Bäume dienen als Schattenspender, natürliche Klimaanlage und Vogelbehausungen, und sie tragen deutlich zur Verschönerung unserer Stadt bei. Immer wieder wurden wir aber mit dem Verweis auf die Kosten abgewiesen. König Strasse schlägt Bauer Baum, hiess es danach einmal in der Thurgauer Zeitung.

Die Rechnung 2020 hat nun zum wiederholten Male gezeigt, dass die Stadt über gesunde Finanzen verfügt. Nicht einmal die Pandemie konnte zum Glück etwas daran ändern. Deshalb wollte ich vorschlagen eine Art Rückstellung oder Vorfinanzierung für die Begrünung zukünftiger Strassenbauprojekte zu öffnen. Damit sollte für eine gewisse Zeit das Thema der Kosten aus der Diskussion genommen werden. Weinfelden ist jetzt eine Stadt, und sie wächst und verdichtet sich jedes Jahr weiter, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Deshalb erachte ich es als unsere Pflicht als Parlament dafür zu sorgen, dass diese unsere Stadt lebenswert bleibt. Starten wir doch mit ein paar Bäumen! Von Seite der Behörden wurde mir versichert, dass eine gewisse Sensibilisierung für das Thema sich entwickelt. Das würde mich natürlich freuen. Unsere Fraktion wird sich aber dennoch vorbehalten in der Zukunft mit einer Motion wieder auf das Thema zurückzukommen, jetzt kenne ich ja das richtige Vorgehen.

Stadtrat Daniel Engeli: Vielen Dank für die Anregung. Die Pflanzung oder Nichtpflanzung von Bäumen steht nicht primär im finanziellen Kontext. Es wird immer geprüft und geschaut, ob Bäume gepflanzt werden können. Es kann leider nicht immer etwas gemacht werden, da es baulich schwierig ist. Die Wichtigkeit des Themas ist erkannt. Ich bitte Sie, dem Stadtrat für künftige Projekte ein bisschen Spielraum zu lassen. Vielen Dank für die Anregung.

Manuel Strupler (SVP): König Strasse Bauer Baum, ich kann den Baum vertreten. Es ist schön, ein grünes Weinfelden. Es ist aber nicht immer die richtige Idee, Bäume zu pflanzen. Die Bäume können sich mancherorts nicht richtig entwickeln. Es muss gut geschaut werden. Die Bäume sollen dort gepflanzt werden, wo es Sinn macht. An den Strassen ist es nicht immer gut. Es soll nicht nur Symbolpolitik betrieben werden. Im Baureglement zum Beispiel, ist der Grenzabstand für Pflanzen sehr gering, das ist eine geeignete Massnahme. Dort muss geschaut werden. Als Bauer Baum bin ich sehr froh, wenn dort gepflanzt wird, wo es sinnvoll ist.

Das Wort wird nicht verlangt.

3.4 Schlussbemerkung / Anträge

Kommissionspräsident: Die Kommission hat den Vorschlag des Stadtrats zur Verwendung des Rechnungsvorschlags 2020 diskutiert. Für zusätzliche Abschreibungen hat der Stadtrat bei den Grundsätzen der Rechnungslegung festgelegt, dass bei einem positiven Rechnungsabschluss 50% des resultierten

Gewinns für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden, sofern der Bilanzüberschuss einen Bestand von 5.0 Mio. hat. Für das Rechnungsjahr 2019 wurde diese Regelung vom Stadtrat ausgesetzt, um den Betrag in eine Vorfinanzierung fürs Hilfspaket Auswirkungen Corona-Krise einzulegen. Für den Abschluss des Geschäftsjahres 2020 sieht die Kommission diese Notwendigkeit nicht mehr gegeben.

Für den Rechnungsabschluss 2020 empfiehlt Ihnen die Kommission daher Folgendes:

1. Es sei der Rechnungsvorschlag entsprechend dem Antrag des Stadtrates wie folgt zu verwenden:

Zusätzliche Abschreibung:

Kto. 1401.00 Gemeindestrassen (HRM1) Fr. 700'000.00

Einlage in Eigenkapital:

Kto. 2999.00 Bilanzüberschuss / Kumulierte Ergebnisse Fr. 781'525.74

2. Es seien der Geschäftsbericht und die Rechnung des Jahres 2020 zu genehmigen.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

3.5 Beschlüsse

1. Die Verwendung des Rechnungsvorschlags in der Höhe von Fr. 1'481'525.74 wird gemäss Antrag mit 28:1 Stimmen genehmigt.
2. Geschäftsbericht und Rechnung für das Jahr 2020 werden mit 29:0 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 31 Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage.

4 Anstellungsreglement - Totalrevision aufgrund der Motion «Totalrevision Anstellungsverordnung»

4.1 2. Lesung

Präsident: Ich sehe das Vorgehen, welches das Büro festgelegt hat, bei der Detailberatung wie folgt vor: wir gehen die Vorlage seitenweise durch, bei Bedarf erhält der Kommissionspräsident das Wort, die Diskussion zum jeweiligen Artikel ist offen, Fragen, Bemerkungen und Anträge werden gesammelt, werden Anträge gestellt, frage ich ob weitere Anträge zum aktuellen Artikel vorliegen, danach erfolgt die Diskussion zum Antrag, gibt es aus dem Plenum keine Bemerkungen mehr, hat wieder der Kommissionspräsident und zum Abschluss, vor der Abstimmung, das entsprechende Mitglied der Exekutive das Wort. Danach ist die Diskussion zum Antrag geschlossen und es wird über den Antrag abgestimmt.

Kommissionspräsident Manuel Strupler: Vielen Dank für die Anpassungen, es kann seitenweise erfolgen.

Claudia Bieg (SP): Ich **beantrage** in Artikel 45 den gestrichenen Satzteil: «welches in gleicher Weise für männliche und weibliche Angestellte gilt.» wieder aufzunehmen. Seit vielen Jahren kämpfen die Frauen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bis heute wird das an vielen Orten nicht erreicht und der Kampf geht weiter. Nun ist das in der Stadt Weinfelden kein Thema, in der Verwaltung werden die Frauen nicht diskriminiert. Würde diese Gleichstellung überall in der Schweiz erreicht, müsste man es nicht explizit erwähnen. Aber diese vorbildliche Haltung unserer Verwaltung darf und muss erwähnt werden. Der Teilsatz

zeigt auch, dass der Stadt die Gleichstellung wichtig ist, er setzt ein sehr positives Zeichen gerade auch für die Frauen. Den Einwand, dass dies im übergeordneten Gesetz geregelt sei, kann ich nicht gelten lassen, dann müsste man einiges streichen, was fast Wort für Wort im übergeordneten Recht steht wie auch in unserm Anstellungsreglement.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Der Antrag Bieg wird mit 20:7 Stimmen angenommen.

Nina Schmitter (EVP): *Mein Anliegen ist ein **Nachfolgeantrag**. Ich bin der Meinung, dass es nicht nur für männliche und weibliche Angestellte, sondern für Angestellte gleich welchen Geschlechts gelten sollte. Wenn wird das Reglement jetzt revidieren, sollten wir es wirklich aktuell gestalten.*

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Der Antrag Schmitter wird mit 9:10 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

Kommissionspräsident: *Vielen Dank allen Kommissionmitgliedern und der Verwaltung für die gute Arbeit. Das neue Reglement ist gut, um in die Zukunft zu gehen. Es war eine sehr gute Arbeit in der Kommission. Wir konnten nach den Sitzungen nie etwas trinken gehen, deshalb habe ich den Kommissionsmitgliedern jetzt noch eine Flasche Wein mitgebracht. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.*

Präsident: Die Diskussion wird nicht weiter benutzt. Damit ist die zweite Lesung abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge bevor wir zur Schlussabstimmung kommen?

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

4.2 Schlussabstimmung

Das Anstellungsreglement wird mit 29:0 Stimmen genehmigt.

5 Areal Bankstrasse, Parzelle Nr. 279, Grundsatzentscheid und Ermächtigung an den Stadtrat

5.1 Eintreten

Martin Brenner (FDP): *Als erstes möchte ich als Antragsteller auf die Wirkung des Antrages an der Sitzung vom 17. September 2020, dass die Botschaft mit einer Ist-Analyse, sowie einer Bedarfs- und Bedürfnis-Analyse zu ergänzen sei, zurückkommen. So möchte ich dem Stadtrat danken, dass er auf den Antrag und die im Rahmen der Eintretensdebatte geäusserten Voten eingegangen ist und mit der Raumbedarfs- und Bedürfnisanalyse, sowie der Ergänzungsbotschaft, seine Haltung, seine strategischen Überlegungen und Absichten zum Ausdruck bringt. Damit ist nun die Basis für die weitere Diskussion und somit auch für eine fundierte Entscheidungsfindung geschaffen worden und es konnten meiner Meinung nach damit die Unsicherheiten betreffend Bedarf und Bedürfnisse für den Raumbedarf der Stadt Weinfelden geklärt werden.*

Das vom Stadtrat bestimmte Vorgehen, wie er den Auftrag aus dem Antrag umgesetzt hat und die in der Botschaft ausgeführten Kosten, zeigt mir auf, dass die Überlegungen und Unsicherheiten, welche zum Antrag geführt haben, durchaus ihre Berechtigung hatten. Auch wenn aus dem Prozess ein personeller und

finanzieller Aufwand entstanden ist, wird er im weiteren Vorgehen und bei zukünftigen Entscheidungen sicher dienlich sein.

So möchte ich nun auf das Eintreten an dieser Parlamentssitzung zurückkommen. Aus Sicht der Fraktion der FDP liegt nun mit der ergänzten Botschaft die Grundlage für eine Entscheidungsfindung bezüglich Verkauf oder Abgabe im Baurecht vor, damit eine Ermächtigung an den Stadtrat erteilt werden kann. Bei einem Blick auf den eigentlichen Auslöser, welcher zu einer neuen Nutzung des Areals Bankstrasse geführt hat, geht dieser bereits 9 Jahre ins Jahr 2012 zurück, in welchem es um die Kredite für Landkauf und Projektierung für das neue Sicherheitszentrum ging. Das Volk genehmigte mehr als 10 Millionen Franken für Land und Neubau. Das Sicherheitszentrum ist nun seit 4 Jahren in Betrieb. Mit dem Sicherheitszentrum wurde somit ein Ersatz für das Areal Bankstrasse geschaffen, der mit durch das Volk genehmigten Mitteln investiert wurde. So wäre es im Grundsatz nur konsequent, im Gegenzug nun das Areal zeitnah einer neuen Nutzung zuzuführen. Die Fraktion der FDP ist auch der Meinung, dass an dieser Sitzung über den Verkauf oder die Abgabe im Baurecht, ein Entscheid gefällt werden kann. Mit der entsprechenden Umsetzung durch den Stadtrat kann dann sicher noch zugewartet werden, bis eine allfällige Volksabstimmung durchgeführt wurde. Dies wurde uns von Seiten des Stadtrats in diesem Sinne auch schon bestätigt und könnte an dieser Sitzung sicher nochmals von ihm bestätigt werden. Entsprechend spricht sich die Fraktion der FDP einstimmig für Eintreten aus.

Alexandra Beck (CVP): Die Fraktion CVP/EVP/JA hat zu diesem Traktandum leider keine einheitliche Meinung gefunden. Das Eintreten ist in unserer Fraktion umstritten. Meine persönliche Meinung zu diesem Geschäft ist klar. Ich bin nicht für Eintreten und zwar aus folgenden Gründen. Die Lage dieses Areals ist bedeutend: Feuerwehr, Polizei, aktuell Misanto für COVID-Abstriche, Kerzenziehen im Winter, Guggeli essen an der WEGA. Seit Jahrzehnten ist das Areal der Bankstrasse intensivst genutzt worden und hat immer sehr von der zentralen Lage profitiert. Die Ist-, Bedarfs- und Bedürfnis-Analyse des Stadtrates von diesem Jahr hinterlässt Fragen: Zuerst vielen Dank für die Abklärungen und die grosszügige Offenlegung auch der Interviews. Trotzdem hinterlässt diese Abklärung für mich Fragen, unter anderem: warum sind die kantonalen Einrichtungen nicht nach ihrem Bedarf befragt worden? Beispielsweise genannt sei hier das Grundbuchamt und Notariat. Auch wenn ein Investorenwettbewerb bei Verkauf oder bei Abgabe im Baurecht durchgeführt wird, besteht ein grosses Risiko, dass an bester Lage „normale“, aber teure Wohnungen entstehen. Ist es das was Weinfelden im Zentrum braucht? Mein Fazit: ein Areal an einer so zentral gelegenen Lage, das der Stadt gehört sollte meiner Meinung nach, wenn es nicht einen zwingenden Grund gibt, NICHT verkauft werden. Die Stadt hat zurzeit keinen Handlungsbedarf bzw. braucht das Geld nicht. Das Areal soll vorerst für 5-10 Jahre zwischengenutzt werden. Dann kann wieder weiter geschaut werden. Daher stimme ich gegen das Eintreten.

Markus Rizzolli (SVP): Die Fraktion SVP/EDU ist mehrheitlich für Eintreten. Wir sind froh, dass eine Meinung gebildet werden kann. Es ist gut, dass die Stadt die Bedürfnisse abgeklärt hat. Es gibt für die nächsten 5 bis 10 Jahre keine Bedürfnisse. Investoren werden hier immer schlecht dargestellt. Es gibt viele Unternehmer, die etwas Gutes gemacht haben. Auch zahlen die Leute erheblich Steuern. Auch wegen denen haben wir einen guten Abschluss. Auch ein privater Investor kann etwas Gutes machen. Es ist auch für uns eine Aufwertung.

Marianne Scherrer (EVP): Das Geschäft Bankstrasse war schon oft da. Die Vorgehensweise war teilweise unglücklich und die Diskussionen waren nicht so zielführend. Wir hoffen noch auf ein tolles Projekt auf der Parzelle. Wir sind in einer Sackgasse. Wir wollen es momentan ad acta legen. Aus diesem Grund ist die EVP gegen Eintreten.

Marcel Preiss (GLP): Viele Argumente wurden schon genannt. Wir von der Fraktion SP/GP/GLPP sind geschlossen gegen Eintreten.

Stadtpräsident Max Vögeli: Gerne äussere ich mich zum Eintreten, auch in Ergänzung zu meinen Ausführungen beim Ordnungsantrag zu Beginn der Sitzung. Der Stadtrat ist beim Areal Bankstrasse bekanntlich an der Umsetzung der Strategie, die lautet: Es ist kein Eigenbedarf angezeigt und die Stadt wird nicht als Bauherr für ein Geschäfts- und Wohnhaus auftreten – es ist auch nicht ihre Aufgabe, sondern: Das Grundstück soll zur Drittnutzung für Gewerbe, Läden, Büros und Wohnungen verkauft oder im Baurecht abgeben werden. Diese Umsetzung der Strategie, verbunden mit einem Investorenwettbewerb, läuft nun bereits seit rund zwei Jahren. Die Vision im Zentrum ist für den Stadtrat das Entwicklungsareal südlich des Migros-Hochhauses, also im Geviert Felsen- / Marktstrasse. Das Areal ist doppelt so gross wie das an der

Bankstrasse. Die Stadt hat in den letzten Jahren zwei Liegenschaften gekauft und sich an zwei anderen Parzellen das Vorkaufsrecht einräumen lassen. Auf der Hälfte der Fläche hat die Stadt demzufolge «die Hand drauf», also auf rund 20 Aren, was der gleich grossen Fläche wie das Areal Bankstrasse entspricht. Diese Absicht des Stadtrates ist Ihnen längst bekannt und ist mehrfach kommuniziert worden. Fazit: Bei der Bankstrasse sind wir über eine saubere Strategie nun im Umsetzungsprozess, beim Areal Felsen-/Marktstrasse wird im Stadium einer Vision. Die ganze Chronologie zum Areal Bankstrasse habe ich beim Ordnungsantrag bereits ausgeführt und komme zum Schluss: Sie haben nun zwei Möglichkeiten. Möglichkeit 1: Sie treten heute nicht ein, dann ist das Geschäft vom Tisch und die Übung ist abgebrochen. Die Volksinitiative wird dann als nächstes abgewickelt und politisch entschieden. Möglichkeit 2: Sie fahren auf dem eingeschlagenen Weg weiter, treten auf die Ergänzungsbotschaft ein und entscheiden sich in der Detailberatung für Verkauf oder Baurecht. Es ist für den Stadtrat auch klar, dass wir die Entscheidungsfindung der Volksinitiative abwarten müssen, bis wir dann mit dem Wettbewerb weiterfahren können. Aber wir haben mit dem heutigen Beschluss des Parlaments eine klare und saubere Ausgangslage, was die Alternative bzw. der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative sein soll. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Stadtrates, auf das Geschäft einzutreten und einer der beiden Varianten zuzustimmen.

Präsident: Eintreten ist bestritten, das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Eintreten wird mit 15:11 Stimmen beschlossen.

5.2 Detailberatung

Marcel Preiss (GLP): Gestern durften wir aus der TZ erfahren, was die Meinung des Stadtrats ist. Dieser stützt sich auf die in Auftrag gegebene Analyse ab, die uns allen vorliegt. Ich gehe davon aus, dass derjenige, der was bestellt, auch das bekommt, was er sich wünscht. Dabei muss ich ein Zitat von Winston Churchill: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe“. Jetzt fragt ihr euch sicher, wo denn bei der Analyse die Schwachpunkte liegen. Ein wesentlicher wurde uns gestern im Titel des Artikels präsentiert. „Es sind genügend Raumreserven vorhanden“. Wen man nun betrachtet, wo diese Reserven liegen, kommen einem richtig die Zweifel. Sämtliche alte als wertvoll eingestufte Liegenschaften an der Frauenfelderstrasse, die im Gemeindebesitz sind, können noch massiv ausgebaut werden. In dem wir alle Dachstöcke bis unter den letzten Ziegel ausbauen, können wir ganze 1030 m² Bürofläche generieren. Dabei wird am Rande erwähnt, dass die eine oder andere Hürde dafür noch zu nehmen ist. Diese Hürden können aber gemeistert werden, aber mit Sicherheit gegen den Willen der Denkmalpflege. Mit ihr hatte ich kürzlich Kontakt, um die Absichten aus der Analyse zu besprechen. Das Urteil fiel vernichtend aus. Um standardgerechte Arbeitsplätze anbieten zu können, benötigen die Räume genügend Licht. Dies ist bei den bestehenden Walmdächern nur mit viel Gauben oder Dachfenstern zu erreichen. Diese wurden aber in den letzten Jahren möglichst vermieden, um das wertvolle Ortsbild zu wahren. Der Vorteil am Gemeindebesitz, wir müssen uns nicht um die Empfehlungen der Denkmalpflege kümmern. Im Notfall können wir auch ein Rathaus abbrechen und es durch einen modernen Elementbau in Minergie Standard ersetzen. Ein weiterer Gedankenanstoss möchte ich den Erstellern der Analyse mit auf den Weg geben. Beim Erstellen von 1030 m² neuer Bürofläche sollte dringend die Parkplatzsituation berücksichtigt werden. Es ist meines Erachtens nicht möglich, auch nur einen Parkplatz mehr zu erstellen. Im gestrigen Bericht kam deutlich zum Ausdruck, wo die Differenzen zwischen dem Initiativkomitee und dem Stadtrat liegt. Dabei muss ich kurz einen Abschnitt aus der Thurgauer Zeitung vorlesen: Auch die stadtnahen Institutionen seien laut dem Bericht grundsätzlich zufrieden. Diese seien zudem selbständige Organisationen, die ihre eigenen Strategien entwickeln und ihre Raumbedürfnisse nach ihren Ideen realisieren würden“.

Was bedeutet dies nun eigentlich, selbständige Organisation? Dafür muss man halt zwischendurch den Herr Google fragen. Selbständig ist ein Doppelwort aus den Worten „selbst“ und „ständig“, abgeleitet von „Stand“ und „stehen“ „selbstständig“ bedeutet, dass man „selbst steht“ ohne Hilfe zu benötigen. Diese Ausführung könnte noch verlängert werden macht aber keinen Sinn. Diese vom Stadtrat benannten sogenannten „selbständigen“ Organisationen möchte ich gerne einmal kennenlernen. Meines Wissens sind die in der Analyse aufgelisteten Organisationen ohne unsere finanzielle Unterstützung hilflos. Somit sind sie mit Sicherheit nicht selbständig. Wir unterstützen diese Organisationen jedes Jahr mit beinahe 400'000 Franken, welche sie nur für die jeweilige Miete für deren private Liegenschaften gebrauchen. Dabei denke ich, dass wir das Wunschprogramm der Einzelnen nicht immer voll unterstützen müssen. „Denn wer zahlt, befiehlt“ dies gilt auch für eine Stadt. Es ist nicht verboten wirtschaftlich zu denken. Die Befragung der

einzelnen anverwandten Betriebe wurde sehr eng abgesteckt. Dabei möchte ich nicht auf alle vergessenen Betriebe aufmerksam machen. Aber einer sticht doch recht heraus. Beim Nachfragen des Notariats rannte ich offene Türen ein. Sie sind heute auf 430 m² eingemietet. Mit der Pandemie brauchen sie eigentlich das Doppelte, um ihr Tagesgeschäft zu bewältigen. Der zuständige kantonale Verantwortliche würde sich noch so gerne in Weinfelden im Zentrum einmieten oder gleich selber bauen, dadurch würden sie besser für die Auswärtigen erreichbar sein. Der gewünschte Platzbedarf wäre sicher das Doppelte von dem, was sie heute schon haben. Das ist das was wir brauchen. Neue Arbeitsplätze im Zentrum, dies belebt unsere Stadt.

Manuel Strupler (SVP): Der Stadtpräsident hat es gesagt. Es ist verkachelt angelaufen. Es lief nicht immer so glücklich. Ich mache einen Blick zurück, die Leute müssen richtig informiert werden. Als das Land für das Sicherheitszentrum gekauft wurde, hat man versprochen, das andere Land zu verkaufen. Da kein Bedarf ausgewiesen wurde, sollte es der Gemeindennutzung weggegeben werden. Bei der Revision der Zonenplanung und des Baureglements wurde eine vorbereitende Kommission eingesetzt. In der Kommission arbeiteten Simon Wolfer, Präsident, Markus Rizzolli, Simone Brunschweiler, Peter Büchel, Samuel Curau, Harald Jöhr, Marcel Preiss, Markus Schönholzer und ich mit. In der Revision wurde vorgeschlagen, das Areal Bankstrasse aus der öffentlichen Zone zu nehmen und in die Dorfzone zu geben. In der Beratung hat nie jemand etwas dagegen gesagt. Die Zonenplanung wurde danach mit sehr grossem Mehr im Parlament genehmigt. Wieso hat nie jemand gesagt, er wolle das Areal in der öffentlichen Zone belassen, dann müssten wir heute nicht über den Verkauf diskutieren. Da wird gesagt, es gäbe keine Visionen und keine Pläne. Im Detail geht es darum, was wird jetzt gemacht. Der Stadtrat ist den jeweiligen Anliegen aus dem Parlament nachgekommen. Die Voten wurden gehört. Die Stadt muss nicht für den Kanton bauen. Wir haben schon Liegenschaften, die vermietet werden. Wenn die Stadt günstige Ladenfläche zur Verfügung stellen würde, könnte ich mir noch überlegen, einen Gemüseladen zu eröffnen an der Bankstrasse. Es kann nicht die Aufgabe der Stadt sein, günstige Ladenfläche anzubieten. Es könnte ein günstiger Wohnraum gebaut werden. Ich bin deshalb für die Abgabe im Baurecht. Mein Wunsch wäre, dass alle, die bei der Initiative unterschrieben haben, gleich noch einen Genossenschaftsanteil in der Höhe von 5'000 Franken erworben hätten. Dann hätten wir das Eigenkapital der Genossenschaft schon zusammen. Private sollen bauen und nicht andere. Die Stadt braucht das Geld aus dem Verkauf nicht sofort. Es kann auch regelmässig kommen. Es gibt auch solche, die im Baurecht übernehmen würden. Es wäre gesichert. Die Bürgergemeinde macht es auch so. Für Baurecht und nicht selber bauen. Dank der Initiative bestimmt das Volk. Es brauche eine Idee, ein Projektkredit und dann einen Baukredit. Der Entscheid, den wir heute fällen ist dann der indirekte Gegenvorschlag zur Initiative. Es muss dann nicht so lange gewartet werden. Das Haus sollte nicht selber zusammenfallen, bis wieder etwas gemacht wird.

Claudio Votta (SP): Vielen Dank an Manuel Strupler. Ich bin Architekt, ich bin eigentlich befangen. Ich bin klar für die Abgabe im Baurecht. Diese Lösung ist nachhaltig und bringt meines Erachtens uns Weinfeldern am meisten. Einen Punkt möchte ich jedoch unterstreichen. Und zwar sollten der Stadtrat oder generell die Projektverantwortlichen bei diesem Modell die Möglichkeit haben, die Rahmenbedingungen des Investorenwettbewerbs anpassen zu können. Das Verfahren «Investorenwettbewerb mit Einladung» wäre meiner Ansicht zu restriktiv. Ich bin überzeugt, dass mit einem offenen Wettbewerb mit Präqualifikationsstufe eine hervorragende, städtebauliche Lösung erreicht wird und Weinfelder Architekten nicht «per se» ausgeschlossen werden.

Martin Müller (GP): Max Vögeli hat den bisherigen Verlauf erläutert. Ich bin Mitglied in der Jury. Ich hatte damals gefordert, dass das Raumprogramm gesehen werden kann. Dem Investor wird aber offengelassen, was gebaut werden kann. Ich bin da nicht dafür. Die Stadt soll bestimmen, was auf das Areal der Bankstrasse hinkommt. Bislang ist dies nicht passiert. Wir werden es sehen, bis jetzt ist es nicht geplant. Der Stadtrat möchte mit dem Wettbewerb eine eierlegende Wollmilchsau erreichen. Das Land verkaufen, einen guten Bau erhalten, das Weinfelder Gewerbe berücksichtigen. Alle Punkte durch einen Externen zu erfüllen, wird schwierig sein. Aus meiner Sicht ist es ein überschaubarer Aufwand, selber etwas zu machen. Ein Investor nimmt vielleicht einen auswertigen Architekten. Das ist beim Schulhaus Martin Haffter passiert, wo für den Investor keine Vorgaben gemacht wurden. Wenn die Stadt selber bauen würde, könnten die Einheimischen dazu genommen werden. Es muss einen Totalunternehmer geben, dann kann die Stadt Weinfelder Gewerbe nehmen. Sie kann ein wenig dazu zahlen und dann läuft es. Bei der Planung muss die Nachbarschaft miteinbezogen werden. Das gibt dann auch eine bessere Gesamtschau. Aus diesen Gründen kann aus meiner Sicht keinem der 3 Anträge zugestimmt werden. Es funktioniert auf weitere Sicht so nicht.

Manuel Strupler (SVP): Mit dem öffentlichen Beschaffungswesen kann auch nicht einfach selber gebaut werden, wie man will. Es gibt sehr viele Auflagen. Dann ist klar zum Ausdruck gekommen, dass die Liegenschaft von der Gemeinde nicht gebraucht wird.

Martin Müller (GP): Die Stadt braucht momentan keinen zusätzlichen Raum, das stimmt nicht ganz. Die Berufsbeistandschaft hat mittelfristig Bedarf, das wurde im Bericht auch so festgehalten. Wir brauchen aber nicht das ganze Areal. Beim Investorenwettbewerb, wenn zu viel vorgeschrieben wird, wird es schwierig. Aus finanziellen Gründen macht es heute keinen Sinn, die Liegenschaft zu verkaufen.

Alexandra Beck (CVP): Wir sind jetzt auf das Geschäft eingetreten. Aus diesem Grund ist für mich in diesem Fall klar, dass ich für die Abgabe des Areals im Baurecht stimmen werden. So bleibt das Areal im Besitz der Stadt. Könnte die Baurechtsdauer auch 50 Jahre sein?

Stadtpräsident Max Vögeli: Gerne äussere ich mich noch kurz zu den Bemerkungen und Fragen. Beim Investorenwettbewerb muss ich klar festhalten, dass die sogenannte Weinfelder Lösung aus ihrer Mitte kam. Wir werden in der nächsten Phase prüfen, den Wettbewerb so anzupassen, dass die Auflagen und Bedingungen sowie möglichst viele Wünsche der Stadt berücksichtigt werden können. Beim Thema Verkauf oder Baurecht hat sich die Meinung des Stadtrates seit der letzten Parlamentssitzung etwas aufgeweicht und ich habe es beim Eintreten bereits gesagt, dass für uns beide Varianten in Ordnung sind. Zur Frage der Baurechtsdauer muss ich festhalten, dass ein selbstständiges Baurecht mindestens 30 und maximal 100 Jahre abgeschlossen werden kann. Mit diesen vorgesehenen 75 Jahren sind wir gut eingemittet. Zur Raumbedarfs- und Bedürfnisanalyse nur so viel: In den vier Verwaltungsliegenschaften haben wir definitiv genügend Raumreserven und sind auf die beiden noch nicht ausgebauten Dachgeschosse nicht angewiesen. Bei der Regionalen Berufsbeistandschaft haben wir am heutigen Standort gerade investiert und den Mietvertrag verlängert. Sollte man später eine neue Lösung suchen, steht einer Einmietung an der Bankstrasse nichts im Wege. Ich bitte Sie um den Entscheid, ob im Baurecht abgegeben oder verkauft werden soll.

Stadtrat Thomas Bornhauser: Bezüglich Martin Haffter Schulhaus muss ich noch eine Bemerkung abgeben. Es erfolgte da ein Architekturwettbewerb. Der Auftrag ging an auswärtige Architekten. Die Vergabe des Bauauftrags ging dann an einen Totalunternehmer. Der Architekt wurde dem Totalunternehmer unterstellt. Es wurde für die Einheimischen in der Regel nicht mehr bezahlt. Der Preis kann aber je nach Situation angepasst werden. So kann ein einheimischer Unternehmer überlegen, ob er die Arbeiten zum tieferen Preis ausführen möchte.

Simon Wolfer (CVP): Es ist nicht meine Art, nach der Exekutive nochmals zu sprechen. Mit Martin Müller und Markus Rizzolli zusammen bin ich Mitglied der Wettbewerbs-Jury. Der Wettbewerb hat ein enges Korsett. Wir entscheiden heute Baurecht oder Verkauf. Danach wird wieder geschaut, was bei den Wettbewerbsanforderungen noch verbessert werden muss. Die Jury oder der Stadtrat muss Möglichkeiten haben. Das Parlament kann über die Konsultation des GPK-Präsidiums miteinbezogen werden. Ich bin klar für die Ermächtigung des Stadtrats.

Reto Frei (GP, ist eben zur Sitzung dazu gestossen): Bitte entschuldigt meine Verspätung. Das Eintreten wurde beschlossen. Es ist eine Initiative auf dem Tisch. Wieso müssen wir einen Entscheid fällen, wenn es danach eine Initiative gibt. Das kann ich nicht nachvollziehen. Ich weiss nicht, wie ich entscheiden soll.

Tobias Greminger (FDP): Ich bin ebenfalls für die Abgabe im Baurecht. Auch ausserkantonale wird das häufig gemacht. Objekte werden im Baurecht abgegeben. Wir sind nicht ganz quer in der Landschaft, wenn wir das machen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Es kann die Stimme für den Verkauf, oder für die Abgabe im Baurecht abgegeben werden.

Fritz Streuli (SP): Wie kann ich nein sagen? Wo kann nein gesagt werden?

Stadtpräsident Max Vögeli: Mit Nichteintreten wäre das Geschäft abgeschlossen gewesen. Wir müssen einen Entscheid haben, wie wir weiter vorgehen sollen. Das kommt auch klar aus der Botschaft heraus.

Martin Müller (GP): Bei einer Entweder-oder-Abstimmung, muss abgestimmt werden, es kann nicht nein gesagt werden. Die Ermächtigung an den Stadtrat kann immer noch abgelehnt werden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt:

5.3 Beschlussfassung

1. Bezüglich Entscheid, wie das Areal Bankstrasse Parzelle Nr. 279 der Stadt Weinfelden einer neuen Nutzung zugeführt werden soll, fallen 6 Stimmen auf Verkauf und 17 Stimmen auf Abgabe im Baurecht.
2. Die Ermächtigung zur Umsetzung dieses Entscheids wird dem Stadtrat mit 18:9 Stimmen erteilt.

6 Verschiedenes

Eingänge

Die **Motion Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden** wird mit insgesamt 22 Unterschriften eingereicht. Erstunterzeichner ist Markus Schönholzer (FDP).

Die **Interpellation Menschen für Menschen** wird von Claudia Bieg (SP) eingereicht. Claudia Bieg erläutert ihre Interpellation am Rednerpult.

Mündliche Anfrage

Claudio Votta (SP): *Gerne möchte ich zur Ausschreibung 'Begegnungszone Bus- und Bahnhof Weinfelden' einige Fragen stellen. Laut Terminprogramm sollte das Verfahren fast abgeschlossen sein. Das Interesse für dieses zentrale Bauvorhaben ist gross, wie auch Stadtrat Hans Eschenmoser an der März-Sitzung erklärt hat. Mich interessiert, wie gross das Interesse an dieser komplexen Aufgabe bei den Planenden war und stelle dazu folgende Fragen: War das Interesse bei den Fachingenieuren respektive -planern gross? Konkret: wie viele Teams haben sich für die Projektplanung insgesamt beworben? Wie viele Teams wurden für die 2. Runde eingeladen und durften ein Angebot einreichen? Ist der Planungsbeginn im Oktober noch gültig? Besten Dank für die Beantwortung meiner Fragen.*

Stadtrat Hans Eschenmoser: *Vielen Dank für die Anfrage. 57 Büros waren interessiert bzw. haben sich die Ausschreibung genauer angesehen. Zwei Büros haben sich schliesslich um den Auftrag beworben. Geplant war, dass drei bis fünf Büros eingeladen werden. Erfreulich war aber, dass beide Büros für die Auftragsvergabe gut in Frage kommen. Die Vorstellung hat in der Zwischenzeit stattgefunden, die Offerten sind eingegangen. Auch konnte eine Entscheidung gefällt werden. Der Kanton vergibt die Arbeit und dann erfolgt auch die Kommunikation. Der Planungsbeginn kann vermutlich vor Oktober erfolgen. Es wird dann auch das Programm kommuniziert werden können. 200 Stunden sind für den Miteinbezug der Anspruchsgruppen geplant.*

Manuel Sturzenegger (SVP): *Zuerst gratuliere ich Manuel Strupler zur Wahl zum Vizepräsidenten. Wenigstens der Vorname hat es geschafft. Ich bedanke mich für die eine Stimme, die ich bekommen habe. Und für die Zukunft wünsche ich mir einen direkteren und transparenteren Austausch unter uns allen. Vielen Dank.*

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Präsident

Der Vizepräsident

Beat Brüllmann

Manuel Strupler

Der Stimmenzähler

Der Stimmenzähler

Marcel Knup

Marianne Scherrer

Der Stadtschreiber

Reto Marty

